



Pressemitteilung

Die Landesbeauftragte für
die Unterlagen des
Staatsicherheitsdienstes
der ehemaligen
Deutschen
Demokratischen Republik

Die Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen übergibt den 20. Tätigkeitsbericht der Behörde. Schwerpunkte der Tätigkeit sind die Beratung ehemaliger SED-Verfolgter, Forschung und Bildung.

Die Überprüfung nach Stasi-Unterlagengesetz und die damit verbundene Beratung zur Bewertung der Auskünfte sind in den Hintergrund getreten.

Magdeburg, 19. März 2014

DDR-Erinnerung – DDR-Aufarbeitung

Aktuell bewegt die Öffentlichkeit die Diskussion um die Erinnerung an die DDR anlässlich einer Autorenlesung zum Grenzregime der DDR in einer Stendaler Schule. Damit ist eine aktuelle und zentrale Fragestellung benannt, die auch die Tätigkeit der Landesbeauftragten berührt. Im Streit zwischen dem Autor und der Lehrerin wird um den Einfluss bei Schülerinnen und Schülern, also um das „richtige“ Erinnern in der Zukunft gerungen. Es geht in der Debatte auch um Deutungshoheit.

Schulprojekte

Gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Gedenkstättenstiftung des Landes Sachsen-Anhalt bereitet die Landesbeauftragte ein Projekt vor mithilfe dessen die Orte der Friedlichen Revolution in Sachsen-Anhalt beschrieben werden. Diese und andere Projekte setzen an der eigenen Aktivität von Schülerinnen und Schülern an, die dann Gelegenheit haben, verschiedene Narrative zu hören und einzuordnen.

Fortgeführt wurde ebenso die Gymnasiumsinitiative mit dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ mit 24 Veranstaltungen an 13 Schulen unter Beteiligung von 630 Schülerinnen und Schülern.. Diese Veranstaltungen zu DDR Geschichte werden von Lehrerinnen und Lehrern gut nachgefragt und von Schülerinnen und Schülern gerne angenommen.

Aufarbeitung der SBZ/DDR-Vergangenheit: Forschung, Bildung, öffentliche Debatten

Die Landesbeauftragte hat den Auftrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit, also durch Forschung, Bildungs- und Informationsarbeit die fehlende Öffentlichkeit der DDR nachgehend zu ersetzen.

Gedenken: 17. Juni 1953 – 60. Jahrestag

Eine besondere Rolle spielte im Berichtszeitraum der 60. Jahrestag des Volksaufstandes am 17.06.1953. Es fanden Gedenkstunden und Diskussionsrunden statt. Die Behörde der Landesbeauftragten hat aus diesem Anlass drei Projekte unterstützt.

Die Landesbeauftragte nahm auf Einladung an der Gedenkstunde zum 17.06.1953 im Bundestag in Berlin teil. Sie brachte den Impuls, den 17. Juni als jährlichen „Denktag“ zu gestalten in verschiedene Gesprächszusammenhänge ein. Dafür könnten zukünftig quellen- und zeitzeugenbasierte Schülerprojekte eine Basis bilden.

Kooperationen auf Landesebene

Die Arbeit der Landesbeauftragten geschieht mit verschiedenen Aktivitäten und in vielfältigen Kooperationen: Die Landesbeauftragte arbeitet verlässlich und konstruktiv mit den Opferverbänden, Aufarbeitungsinitiativen und politischen Stiftungen im Land zusammen. Der Arbeitskreis Aufarbeitung führte im vergangenen Jahr mit neuer Intensität seine Arbeit fort. Kooperationsprojekte werden mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Gedenkstättenstiftung vorbereitet und geplant.

Medien

Die Landesbeauftragte meldete sich zu verschiedenen Themen initiativ zu Wort oder wurde von der Presse kontaktiert. Pressemitteilungen und Auszüge aus der Presse finden sich im Bericht (S. 63 ff.).

Im Frühjahr 2013 bekam das Thema „Geheime Medikamententests an DDR-Bürgern“ durch Medienberichte insbesondere zu Vorfällen in der Lungenklinik Lostau neue Aktualität. Die Landesbeauftragte hat in Sachen „Geheime Pharmatests in der DDR“ am 11. Juni zu einem interdisziplinären Expertengespräch auf Landesebene eingeladen. – Der Landtag hat beschlossen, dass sich die Landesregierung für die wissenschaftliche Aufarbeitung in den ostdeutschen Bundesländern einsetzen solle. Mittlerweile ist das Forschungsprojekt an der Charité in Berlin etabliert. Die Landesbeauftragte gehört dem Begleitausschuss an.

Forschung

Im vergangenen Jahr wurden weitere neue Forschungsprojekte initiiert: so zur venerologischen Station in der Poliklinik Mitte/Halle mit dem Institut für Geschichte und Ethik der Medizin. Aus Beratungsgesprächen mit Betroffenen ergab sich die Vermutung, dass in diese geschlossene Abteilung Frauen auch aus politischen Gründen eingewiesen wurden.

Ein weiteres Forschungsprojekt betrifft den „Sozialistischen Frühling“ im ehemaligen Bezirk Magdeburg. 1961 war die Kollektivierung in der Landwirtschaft abgeschlossen. Vorangegangen waren Enteignungen und enormer politischer Druck auf die ehemaligen Besitzer des Landes. Die Untersuchung soll konkret den Einfluss der SED und der Staatssicherheit bei der Durchsetzung der Kollektivierung aufzeigen.

Information/Beratung Einzelpersonen

Zum Aufgabenbereich der Information und Beratung von natürlichen Personen, anderen nicht-öffentlichen Stellen und öffentlichen Stellen ist folgendes zu berichten: Im Jahr 2013 wurde mitgeteilt, dass die Anträge auf Akteneinsicht beim Bundesbeauftragten für Stasiunterlagen zurückgegangen seien, in Sachsen-Anhalt auf 8.280 (Vorjahr 10.516). Davon sind ca. 2/3 Erstanträge, 1/3 Wiederholungsanträge, 1283 Anträge zur Entschlüsselung von Decknamen. Diese Zahl signalisiert ein weiterhin hohes Interesse an der persönlichen Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Insgesamt sind in Sachsen-Anhalt seit 1992 etwa 372.000 Anträge gestellt worden.

Die rückläufige Anzahl der Anträge auf Akteneinsicht beim Bundesbeauftragten korrespondiert **nicht** unmittelbar mit einem Rückgang der Beratungsanfragen und Gesprächsanliegen von Bürgerinnen und Bürgern die an Landesbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herangetragen werden.

Die Beratung von Menschen, die von politischem Unrecht in der DDR betroffen waren, gehören weiterhin zu den zentralen Aufgaben der Behörde der Landesbeauftragten. Die Beratungstage wurden auch im vergangenen Jahr durch zusätzliche Sprechstage der Mitarbeiter der Caritas in Wernigerode, Weißenfels, Stendal und Dessau ergänzt. Die Termine der wöchentlichen Sprechstage der Landesbeauftragten in Magdeburg sind ebenso wie die monatlichen Sprechstage in Halle ausgefüllt. Die Landesbeauftragte wird von Betroffenen von politischer Gewalt und Unrecht aufgesucht: von ehemaligen Heimkindern, verfolgten Schülern, ehem. politischen Gefangenen und Zersetzungsoffern.

Thema Anerkennung und Erinnerungskultur

Dabei wird immer wieder deutlich wie wichtig die öffentliche Anerkennung der Menschen ist, die sich bewusst für Widerspruch und Opposition in der SBZ/DDR entschieden haben. Diese Einmischung bildet einen Grundbaustein für Demokratie. Im Zusammenhang damit sollten verstärkt Überlegungen angestellt werden, wie eine wertschätzende Anerkennungs- und Gedenkkultur dafür zukünftig aussehen sollte. Dabei ist die gute Zusammenarbeit mit den Opferverbänden eine wichtige Basis.

20.3.2014, im Landgericht Magdeburg, Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Hinrichtung Ernst Jennrichs, verurteilt in politischen Prozess ohne Beweise wegen angebl. Polizistenmord am 17. Juni 1953. Auf Antrag seines Sohnes (Ernst Jennrich Jr.) hob der 4. Strafsenat des Bezirksgerichts Halle das Urteil am 20. August 1991 auf: Ernst Jennrich wurde freigesprochen.

Kompetenznetzwerk

Zur Tagung „SED-Verfolgte und das Menschenrecht auf Gesundheit. Die Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden sowie psychosoziale, therapeutische und seelsorgerische Perspektiven“ am 24. und 25.02.2014 referierten im Magdeburger Roncalli-Haus zahlreiche Experten zu philosophischen, medizinischen und rechtlichen Aspekten. Die mehr als 100 Teilnehmenden aus Politik, Verwaltung, Betroffenenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen diskutierten über die Möglichkeit der Verbesserung der Begutachtung gesundheitlicher Folgeschäden und den Aufbau von Netzwerken zur psychosozialen, therapeutischen und seelsorgerischen Begleitung. Dunkelziffer: 1 ‚sprechendes‘ Opfer zu 7 ‚stummen‘ Opfern.

Ein weiteres Kontinuum im vergangenen Jahr war die Arbeit und finanzielle Ausgestaltung des Heimkinderfonds. Die Behörde der Landesbeauftragten ist mit der Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle eng verbunden. Die Entscheidung, den Heimkinderfonds mit zusätzlichen Mitteln auszustatten wird ausdrücklich begrüßt.

Die neue Landesbeauftragte und ihre Behörde

Die feierliche Amtseinführung der Landesbeauftragten fand am 29.08.2013 in der Staatskanzlei statt. Damit dokumentierte das Land Sachsen-Anhalt seinen politischen Willen zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Die Landesbeauftragte hat guten fachlichen Kontakt zum Landtag und zu Abgeordneten. Ihre Arbeit wird von dort spürbar und wirksam unterstützt. Die Behörde der Landesbeauftragten ist dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung zugeordnet, das die Arbeit nachdrücklich und konstruktiv unterstützt. Der enge und förderliche Gesprächskontakt zwischen dem Justizministerium und der Landesbeauftragten erleichterte den Start erheblich.

Die Landesbeauftragte fand nach nahezu drei Jahren Vakanz eine Behörde vor, die in dieser Zeit im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten den gesetzlichen Auftrag erfüllt hat. Insbesondere lag der Schwerpunkt auf der Beratung von Betroffenen und Forschungsprojekten. Hier konnte die Landesbeauftragte anknüpfen und neue Akzente in der Öffentlichkeitsarbeit setzen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen die Landesbeauftragte sachkundig, initiativ und kooperativ.

Eine Reihe von Betroffenen von DDR-Unrecht suchten umgehend das direkte Gespräch mit der neuen Landesbeauftragten und verknüpften mit ihrem Amtsantritt hohe Erwartungen.

Ausblick

Im Anschluss an die oben erwähnte Fachtagung im Februar in Magdeburg ist der Aufbau eines Kompetenznetzwerks für psychosoziale Beratung, Therapie und Seelsorge für Menschen geplant, die Opfer politischer Gewalt in der DDR geworden sind.

Auch in 2014 werden wieder ca. 40 Beratungstage in Sachsen-Anhalt stattfinden, 8 davon im Zusammenwirken mit dem Demokratiemobil der Landeszentrale für politische Bildung in Vorbereitung der Kommunal- und Europawahl am 25.05.2014. Dazu 2 Beratungstage in Niedersachsen und Tag der Deutschen Einheit mit Stand der Konferenz der Landesbeauftragten in Hannover, organisiert von LStU LSA.

Im Herbst 2014 blicken wir nach einem Vierteljahrhundert auf die Friedliche Revolution 1989 zurück. Dies ist Anlass für mehrere Projekte im Bereich schulischer und politischer Bildung.

Das Jahr 2014 ist ein Jahr des Erinnerns und Durcharbeitens der eng miteinander verbundenen geschichtlichen Daten 1914, 1939, 1945 und 1989 in Europa und der Welt. Die geschichtliche Aufarbeitung von Diktatur und Repression im Zeitalter der Extreme sowie die Bedeutung von Demokratie und Freiheitstraditionen wird Veranstaltungen und Diskussionen kontextuell begleiten.

Kolloquium 19.3., 14 Uhr

Aus Anlass der Übergabe des 20. Tätigkeitsberichts haben der Landtagspräsident und die Landesbeauftragte zu einer Veranstaltung am 19. März 2014 im Magdeburger Landtag zum Thema *Bilanz und Perspektiven der Aufarbeitung in Sachsen-Anhalt. 20 Jahre Behörde der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in der Deutschen Demokratischen Republik* eingeladen.

Zum Tätigkeitsbericht

Der 20. Tätigkeitsbericht der Behörde der Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit orientiert sich im Wesentlichen an den vorhergehenden Berichten, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Neu aufgenommen wurde der Berichtsteil über die Zusammenarbeit mit den Kirchen, der Abdruck von Pressemitteilungen und die Wiedergabe von Medienberichten wurde wieder aufgenommen, sie zeigen, dass die Existenz und die Tätigkeit der Behörde Resonanz und öffentliches Interesse erzeugen.

Zahlenteil

Statistik Beratung und Rehabilitation

- StrRehaG / [1.] SED-UnBerG
LG Md und Hal: 357 Neueingänge im Jahr 2013 (insg. 35.195)
109 (Teil-)Rehabilitierungen [keine Gesamtzahl verfügbar]
Versorgungsämter im Landesverwaltungsamt:
91 Neubewilligungen Haft-(Kapital-)entschädigung (insg. 12.666)
6.809 laufende besondere monatliche Zuwendungen (250 €/ Monat)
bei mindestens 180 Tagen rehabilitierter Haft

- VwRehaG, BerRehaG / 2. SED-UnBerG
Referat 505 im Landesverwaltungsamt (früher Dezernate 27 in den RPs):
VwReha Eingänge insg. 38 im Jahr 2013 (insg. 6.461); (Teil-)Bewilligungen 73 im Jahr 2013 (insg. 2.955)
BerReha Eingänge 173 im Jahr 2013 (insg. 17.927); (Teil-)Bewilligungen 134 im Jahr 2013 (insg. 10.097)

- Beratungstage: 38 mit 1.566 Besuchern (durchschnittlich 41), zwischen 4 und 116
2 Beratungstage in Niedersachsen und beim Tag der Deutschen
Einheit in Stuttgart

- Stiftung für ehemalige politische Häftlinge (Bonn):
453 Bewilligungen nach § 18 StrRehaG (ausgeschlossen, wenn monatliche Zuwendung
läuft)

Mitteilung der Staatskanzlei zur Überprüfung nach StUG 2011–2013

18 Überprüfungen, davon 17 negativ, 1 positiv

Vergleich: 11. TB aus 2005 zu Landesregierung/ Ministerien

120.638 Auskunftersuchen (insgesamt seit Einführung StUG), davon 94,3 % ohne Auskunft

5,7 % belastet durch Zusammenarbeit mit MfS = 6.104 Mitarbeiter

Davon für 1.939 Ende des Arbeitsverhältnisses (ca. 1/3), für 26 offen bzw. in Rente

4.139= 2/3 der Belasteten Einzelfallentscheidung **für** Weiterbeschäftigung

Damit wurde der Wille zum politischen Neuanfang umgesetzt – Befürchtungen von „Siegerjustiz oder Hetzjagd“ waren gegenstandslos.

Birgit Neumann-Becker

Landesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit in Sachsen-Anhalt